



Protokoll der 4. Sitzung des Einwohnerrates

vom 19. Dezember 2012, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Fabian Eisenring (SP), Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP), Andreas Lirgg (SVP)

Abwesend: Ratsmitglied Pascal Porchet (FDP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 31. Oktober 2012 <i>://: Das Protokoll wird genehmigt.</i>	-
2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl der Kommissionsmitglieder gemäss Vorschlägen der Fraktionen.</i>	2012/23
3. Budget und Jahresprogramm 2013 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission <i>://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2013 mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt. ://: Einstimmig wird vom Rat das Jahresprogramm 2013 zur Kenntnis genommen.</i>	2012/14 2012/14a 2012/14b
4. Fragestunde <i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 7 Fragen beantwortet.</i>	
5. Reklamereglement, Ergänzung/Revision - Bericht der GOR-Kommission zum ergänzten und revidierten Reklamereglement des Stadtrates gemäss Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion <i>://: Der Revision des Reklamereglementes wird in der Schlussabstimmung mit den vom Rat verabschiedeten Änderungen gemäss Änderungen der GOR-Kommission einstimmig zugestimmt und die Motion Nr. 2005/46 als erfüllt abgeschrieben.</i>	2005/46a – 2005/46f
6. Abfallreglement – Bericht der GOR-Kommission betreffend Änderung von Abfallreglement (Grüngut) <i>://: Den Anträgen des Stadtrates und der GOR wird einstimmig zugestimmt.</i>	2012/3 2012/3a

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 7. | Tiergartenstrasse – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Sanierung Tiergartenstrasse; Genehmigung von Krediten für Wasserleitung, Kanalisation und Strassenbau
<i>://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK wird einstimmig zugestimmt und die beantragten Kredite genehmigt.</i> | 2012/17
2012/17a |
| 8. | Quartierplanung Gstadig
<i>://: Einstimmig wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2012/22 |
| 9. | Rosenstrasse 16b – Genehmigung Nachtragskredit für Sanierung von TCHF 100
<i>://: Einstimmig genehmigt der Rat den Nachtragskredit von brutto CHF 100'000.- für die Sanierung des Gebäudes Rosenstrasse 16b.</i> | 2012/25 |
| 10. | Velostation – Projektbericht 1. März 2010 – 31. Dezember 2012
<i>://: Der stadträtliche Projektbericht wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.</i> | 2012/26 |
| 11. | Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB
<i>://: Der Vorstoss wird vom Postulanten betreffend dem Wortlaut geringfügig geändert und vom Rat einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2012/10 |
| 12. | Tourismusbüro – Bericht Stadtrat zum Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros Liestal von Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2011/193
2011/193a |
| 13. | Familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich, Pilotprojekt – Bericht Stadtrat zu Postulat der Fraktionen Grüne, SP, CVP/EVP/GLP
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/201
2012/201a |
| 14. | Bericht Stadtrat zur Interpellation von Diego Stoll namens der SP-Fraktion betreffend aktuellen Verkehrssituation in Liestal
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/20 |
| 15. | Postulat zur Aufwertung des Zeughausplatzes von Diego Stoll der SP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/21 |

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur letzten Einwohnerratssitzung im Kalenderjahr 2012. Speziell werden die neuen Ratsmitglieder Karin Jeitziner (FDP) und Anna Ott (GL) im Einwohnerrat willkommen geheissen.

Michael Bischof (FDP) freut sich darüber, dass mit dem Nachrücken von Frau Karin Jeitziner der Frauenanteil in seiner Fraktion um 100 % gesteigert werden konnte. Die neue Ratskollegin ist kompetent und darf sicher als Powerfrau bezeichnet werden. Sie dürfte vielen bereits als Bürgerrätin bekannt sein.

Meret Kaufmann (GL) stellt erfreut fest, dass die Grüne Fraktion mit der 20-jährigen Anna Ott eine weitere Verjüngung erfährt. Die neue Ratskollegin studiert seit letztem Sommer Politikwissenschaft sowie im Nebenfach Ethnologie und öffentliches Recht. In der Freizeit ist sie in der Pfadi Liestal als Leiterin aktiv, spielt Handball und reist gerne.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert kurz über einige wichtige Punkte sowie Entscheide:

- Am 08. November 2012 ist Herr Crispinus Strübin-Hegner im Alter von 93 Jahren verstorben. In einer Schweigeminute wird an den Verstorbenen gedacht, welcher im Jahre 1972 den Einwohnerrat präsidiert hatte und in den Jahren 1976 bis 1979 als Stadtrat tätig war.
- Frau Regula Nebiker (SP) hat nach ihrer Wahl als Stadträtin ihren Rücktritt als Einwohner-rätin erklärt. Ihr Demissionsschreiben vom 26.11.2012 wird vom Ratspräsidenten verlesen und dieser im neuen Amt als Stadträtin viel Erfolg und alles Gute gewünscht.
- Herr Paul Pfaff (SVP) hat mit E-Mail vom 05.12.2012 seinen Rücktritt per 31.12.2012 erklärt. Sein Rücktrittsschreiben wird vom Ratspräsidenten verlesen und diesem für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Sitzung den Rückmeldetalon betreffend dem Jahresschlussessen vom 30.01.2013 abzugeben.
- Geschäftsreglement-Revision: Das Büro wird an der übernächsten Sitzung vom Februar 2013 definieren, welche Änderungsanträge der Fraktionen bei der anstehenden Revision berücksichtigt werden sollen.
- Ton-Protokollaufnahmen: Die Verwaltung wird weitere vertieftere Vorabklärungen für die Entscheidungsfindung des Ratsbüros treffen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, blau
- Vorlage Nr. 2012/14c (Budget 2013, Anträge)
- Vorlagen Nr. 2012/27 – Nr. 2012/30 (neue Vorstösse)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|--|
| - Hanspeter Meyer | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meret Franke | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat betreffend Sitzbänken auf dem Gestadeck-Pausenplatz von John Brunner der SVP-Fraktion (Nr. 2012/24)
- Postulat zur Ausarbeitung eines Parkraum-Bewirtschaftungskonzeptes von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion (Nr. 2012/27)
- Interpellation betreffend Mikroverunreinigungen im Liestal Trinkwasser von Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2012/28)
- Interpellation betreffend unter Schutz stehendem Hofgut „Gräubern“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2012/29)
- Postulat betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Liestal“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2012/30)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadträtin Regula Nebiker informiert darüber, dass die Verwaltung im Herbst 2012 festgestellt hatte, dass seit mehreren Jahren für rund 150 Liegenschaften keine Wasser- und Abwasserrechnungen fakturiert und verschickt worden sind, was seine Ursache im System hat. Die ausstehenden Gebühren belaufen sich auf mehrere hunderttausende Franken. Die Präsidenten des Einwohnerrates und der FIKO sind vom Stadtpräsidium diesbezüglich bereits informiert worden. Das weitere Vorgehen ist wie folgt festgelegt worden: Die Angelegenheit wird unter Aufsicht des Stadtrates verwaltungsintern aufgearbeitet. Am 13.12.2012 hatte das Büro entschieden, dass von der Geschäftsprüfungskommission GPK weitere Abklärungen zu treffen sind. Von Mitarbeitern der Betriebe sind bereits die Wasserzähler bei den betroffenen Liegenschaften abgelesen worden und die Liegenschaftseigentümer über die Problematik schriftlich informiert worden. Betreffend den exakten Verbrauchszahlen bedarf es vorgängig den Rechnungsstellungen noch sorgfältigen Abklärungen. Bis Ende Jahr sollten aber auch diese Rechnungen zusammen mit einem Begleitschreiben verschickt worden sein. In diesem Begleitschreiben wird die Sachlage kurz erklärt sowie auf individuelle Zahlungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht, da es sich teilweise um recht hohe Rechnungsbeträge handelt und Härtefälle vermieden werden sollen. Eine departementsübergreifende Arbeitsgruppe befasst sich bereits mit der Aufarbeitung der Sache. Zu diesen Aufklärungsarbeiten gehört auch die Bestimmung der exakten Ausmasse sowie Mengen. Wichtig ist auch, dass man die Ursachen kennt, damit weitere Abklärungen getroffen und das weitere Vorgehen definiert werden kann. Der Stadtrat wird den Einwohnerrat und die GPK bald umfassend informieren, wobei der Termin sowie die Art der Berichterstattung noch gemeinsam festzulegen sind. Ziel der Aufarbeitung ist es, dass der Schaden betreffend der Wasser- und Abwasserkasse begrenzt werden kann und man für die Zukunft aus passiertten Fehlern lernen kann. Wichtig ist, dass die Ursachen sorgfältig geklärt werden, um aus den Fehlern lernen zu können, und nicht, dass Schuldige gesucht werden. Es muss sichergestellt werden, dass sich dieselben Fehler nicht nochmals wiederholen können.

Traktandenliste

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 05. Dezember 2012 beschlossen.

38 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 31. Oktober 2012

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass betreffend dem Protokoll der letzten Ratssitzung keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 31. Oktober 2012 wird einstimmig genehmigt.

39 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2012/23)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die vorgeschlagenen Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden. Die Liste der vorgeschlagenen Ratsmitglieder gemäss Vorlage Nr. 2012/23 wird namentlich verlesen.

Walter Leimgruber (SP) hält fest, dass Ratsmitglied Fabian Eisenring der SP-Fraktion und nicht der Grünen Fraktion angehört.

Michael Bischof (FDP) stellt fest, dass von seiner Fraktion noch ein BPK-Ersatzmitglied zur Wahl vorzuschlagen ist. Damit keine neue Einwohnerratsvorlage erstellt werden muss, stellt er den Zusatzantrag, dass anstelle von Pascal Porchet das Ratsmitglied Lorenz Rudin (FDP) als BPK-Ersatzmitglied gewählt wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine Einwände betreffend dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion vorgebracht oder Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig folgende Ratsmitglieder wählt:

Büro (Amtsjahr 2012/2013)

- Fabian Eisenring (SP) anstelle von Canan Güngör als ordentliches Mitglied
- Lisette Kaufmann (GL) anstelle von Elisabeth Spiess als Ersatzmitglied

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Pascal Porchet (FDP) anstelle von Enrico Kiefer als ordentliches Mitglied
- Lorenz Rudin (FDP) anstelle von Pascal Porchet als Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Peter Küng (SP) anstelle von Regula Nebiker als ordentliches Mitglied
- Patrick Mägli (SP) anstelle von Peter Küng als ordentliches Mitglied
- Walter Leimgruber (SP) anstelle von Patrick Mägli als Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Marianne Quensel (SP) anstelle von Patrick Mägli als ordentliches Mitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Markus Rudin (SVP) anstelle von John Brunner als ordentliches Mitglied ab 01.01.2013
- Anna Ott (GL) anstelle von Elisabeth Spiess als ordentliches Mitglied
- Karin Jeitziner (FDP) anstelle von Michael Bischof als ordentliches Mitglied
- Canan Güngör (SP) anstelle von Regula Nebiker als Ersatzmitglied

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) gratuliert den Neugewählten zur Wahl und informiert darüber, dass das Büro an seiner Sitzung vom 13.12.2012 gestützt auf § 22 des Geschäftsreglementes Peter Küng (SP) anstelle von Regula Nebiker als FIKO-Vizepräsidenten und Markus Rudin (SVP) mit Wirkung ab 01.01.2013 als neuen GOR-Präsidenten gewählt hatte. Dies vorbehältlich dessen, dass die Betreffenden vom Rat auch in die jeweiligen Kommissionen gewählt werden.

40 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Budget und Jahresprogramm 2013 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2012/14)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert, dass vom Ratsbüro die Vorgehensweise betreffend der Budget-Behandlung definiert wurde. Leider schafft er es nicht, die diesbezüglich erstellte Folie projizieren zu können, weshalb er den Ablauf verliert:

1. Eintreten

2. FIKO-Bericht (Nr. 2012/14a)
Vorstellen Bericht durch FIKO-Präsident

3. BPK-Bericht (Nr. 2012/14b)
Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
Ergänzungen Stadtrat zu Vorlage Nr. 2012/14; keine Stellungnahme zu Anträgen

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung; keine Stellungnahmen zu Anträgen

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung; keine Stellungnahmen zu Anträgen

7. Anträge, Abstimmungen pro Themengebiet
a) Antragsteller: Begründung Anträge gem. Vorlage Nr. 2012/14c
b) Stellungnahme Stadtrat zu Einzel- und Kommissionsanträgen
c) Stellungnahme FIKO zu Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2012/14c
d) Fraktionssprecher
e) Einzelsprecher
f) Abstimmung über Anträge

8. Schlussabstimmung

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend der Eintretensfrage keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2012/14a)

Daniel Spinnler (FDP) hält als Präsident die wichtigsten Punkte des Berichtes der Finanzkommission gemäss Vorlage Nr. 2012/14a fest: Der FIKO-Auftrag ist unter Punkt 1 des Kommissionsberichtes kurz umschrieben. Die in der Kommission thematisierten Schwerpunkte können dem zweiten Berichtspunkt entnommen werden. Die vom Stadtrat veranschlagten Erträge sind für die FIKO plausibel. Bezüglich den Steuererträgen wird er sich später noch einmal zu Wort melden. Bei der Selbstfinanzierung wird das Ziel mit einem mittelfristig angestrebten Mittelwert von 4 Mio. Franken nicht erreicht und auch die Nettoinvestitionen von 1,786 Mio. Franken liegen unter dem Zielwert. Die Folgen der anstehenden Schulbauten-Sanierung und Pensionskassen-Sanierung sowie weiteren Strategien werden

im Zusammenhang mit dem nächsten Entwicklungsplan thematisiert, welcher bis im Januar vorliegen sollte. Erfreut nimmt man zur Kenntnis, dass im 2013 das Ziel bezüglich dem Schuldenabbau gemäss Motion Fluri erreicht werden sollte. Positiv ist, dass auch dieses Jahr im Budget Überschüsse veranschlagt werden. Auch kann sich die FIKO mit der Gewichtung der Aufwände einverstanden erklären. Ganz und gar nicht zufrieden ist die FIKO mit den veranschlagten Folgen der Pensionskassen-Sanierung mit jährlichen Kosten von 1,3 Mio. Franken für die nächsten 40 Jahre. Das weitere Vorgehen des Stadtrates wird unterstützt. Die Verbindung des Budgets mit dem Jahresprogramm in einer Vorlage wird von der Kommission begrüsst. Eine separate Beratung des Jahresprogrammes mit budget-unrelevanten Jahreszielen sollte künftig möglich sein. Im Zusammenhang mit den Spezialfinanzierungen muss einmal mehr gesagt werden, dass nun die Revision des Wasser- und Abwasserreglementes unbedingt in Angriff genommen werden muss, was vom Stadtrat für das Jahr 2013 zugesichert wurde.

3. BPK-Bericht (Nr. 2012/14b)

Diego Stoll (SP) hält als Präsident der Bau- und Planungskommission die wesentlichen Aussagen des Kommissionsberichtes gemäss Vorlage Nr. 2012/14b fest. Von der BPK sind diejenigen Projekte mit Investitionen unter TCHF 300 überprüft worden, für welche nicht zwingend eine Sondervorlage erstellt werden muss. Diese Investitionen sind unter Punkt 2 des BPK-Berichtes aufgeführt und sollen wie veranschlagt im nächsten Jahr getätigt werden.

4. Stadtrat: Ergänzungen zu Vorlage Nr. 2012/14

Stadtpräsident Lukas Lukas dankt als Finanzchef für die gute Aufnahme der Budget-Vorlage im Rat, wie dies in den FIKO- und BPK-Berichten zum Ausdruck kommt. Mit der Integration des Jahresprogrammes im Budget konnte der Informationsgehalt sicher gesteigert werden. Auf den ersten Blick hat man sicher den Eindruck, dass kein ausserordentliches Budgetjahr ansteht, da die internen und auch externen Faktoren mehr oder weniger stabil sind. Man ist bezüglich der Finanzstrategie auf Kurs. Auf den zweiten Blick ist aber der Stadtrat doch der Meinung, dass das Budgetjahr 2013 besonders ist, da dieses einen eigentlichen Wendepunkt markieren wird, indem die Schuldensanierung gemäss Motion Fluri abgeschlossen werden kann. Während mehr als zwei Amtsperioden konnten Schulden in der Grössenordnung von 20 Mio. Franken abgebaut werden und somit sollten nun auch neue politischen Handlungsspielräume aufgehen, indem in den nächsten Jahren vermehrt Investitionen getätigt werden können. Prioritär stehen die Schulbautensanierungen an. Damit die Schuldensanierung im 2013 abgeschlossen werden kann, wurden Investitionen für das nächste Jahr mit 1,8 Mio. Franken auch zurückhaltend veranschlagt. Zum Selbstfinanzierungsergebnis von 3,3 Mio. Franken trägt auch der positive Saldo der Laufenden Rechnung von rund 1 Mio. Franken bei. Auch bei der Ausarbeitung des Budget 2013 ist man mit Sonderfaktoren konfrontiert worden. So ist auf die Folgen der Pensionskassen-Sanierung schon vom FIKO-Präsidenten hingewiesen worden und die ausserordentlichen Vorpensionierungskosten werfen erste Schatten voraus. So mussten auch bei der familienergänzenden Betreuung im Vorschulalter Abstriche gemacht werden, was vom Rat bereits an der letzten Sitzung zur Kenntnis genommen werden musste.

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bittet die Fraktionssprecher, sich nun gesamthaft zum Budget und Jahresprogramm 2013 zu äussern.

Lorenz Rudin (FDP) erklärt, der FDP-Fraktion fehle im Budget 2013 lediglich die geplante Steuersenkung. Mit allen anderen Budgetpositionen könne man sich einverstanden erklären. Das Steuersubstrat bei den natürlichen Personen wächst, die Schuldzinsen werden eine erträgliche Höhe erreichen und die Schuldensanierung sollte nächstes Jahr ebenfalls abgeschlossen sein. Das proaktive Vorgehen des Stadtrates im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Schuldensanierung wird begrüsst. Bereits heute kann festgestellt werden, dass die Leistungen für künftige Rentner sinken werden, was auch der Grund für die ausserordentlich hohe Anzahl an Frühpensionierungen von nächstem Jahr ist. Diese führen zu einer einmaligen hohen Belastung. Diese Frühpensionierungen bringen aber auch den positiven Effekt mit sich, dass damit Stellen hinterfragt und Prozesse angepasst werden können, was schlussendlich auch wieder zu günstigen Lösungen führen dürfte. Negativ ist, dass das Steuersubstrat der juristischen Personen in Liestal relativ gering ist. Diesbezüglich sollte man klar und rasch aktiv werden, da momentan auch der Kanton daran ist, die Wirtschaftsoffensive ins Leben zu rufen. Der Kanton erhofft sich damit, die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen bis im Jahre 2018 um 50 % steigern zu können. Dies sollte auch in Liestal möglich. Auch findet es seine Fraktion sinnvoll, dass die Entwicklungspläne erst nach den Voranschlägen im Rat behandelt werden. Mit dieser geringen Terminverschiebung werden künftig verlässlichere Zahlen im Entwicklungs- und Finanzplan eingestellt werden können. Auch die Integration des Jahresprogrammes im Budget finde man eine gute Sache.

Jürg Holinger (GL) sagt, auch seine Fraktion unterstützt die gemeinsame Darstellung des Budgets und des Jahresprogrammes in einem Dokument. Auch ist sie mit dem vorliegenden Budget für die Einwohnerkasse einverstanden, wie dies auch im FIKO-Bericht festgehalten wird. Da die Schuldensanierung erst im 2013 möglich sein wird, hatte man im Jahre 2011 die Motion Fluri noch nicht abgeschrieben. Der erhöhte Aufwand in der Pflegefinanzierung und die Aufwendungen für die Frühpensionierungen haben gegenüber der langfristigen Planung zu einer kleineren Selbstfinanzierung und Zurückhaltung bei den Investitionen geführt. Der vom Stadtrat eingeschlagene Weg betreffend Pensionskassen-Sanierung wird begrüsst. Gemäss Jahresprogramm soll nächstes Jahr ein zeitgemässes Jugendkonzept erstellt werden, doch ist dafür kein Betrag im Budget 2013 eingestellt. Man geht deshalb davon aus, dass dieses Konzept verwaltungsintern erarbeitet wird, doch wird sich seine Fraktion erlauben, diesbezüglich noch die zuständige Stadträtin zu kontaktieren. Seine Fraktion bedauert es ausserordentlich, dass die subjektbezogene Subventionierung bei der Kinderbetreuung gemäss Jahresprogramm 2012 wegen fehlenden finanziellen Mitteln nicht stattgefunden hatte, doch wäre dies mit einer anderen Gewichtung der zur Verfügung stehenden Mittel sicher auch möglich gewesen. Mit Erstaunen musste man zur Kenntnis nehmen, dass es bis anhin bei den Betrieben keine Jahresarbeitsplanung gab. Diesen Eindruck hatte man in seiner Fraktion auch schon, weshalb diese beispielsweise mit einem Postulat auch ein Grünflächenbewirtschaftungskonzept verlangt hatte.

Markus Meyer (SVP) teilt mit, dass seine Fraktion mit dem Budget 2013 grundsätzlich zufrieden sei. Die Eckwerte werden zwar nicht ganz genau eingehalten, doch stimmen diese über mehrere Jahre hinaus betrachtet auch wieder. Auch steht man betreffend dem Schuldenabbau kurz vor dem Ziel, damit die Motion Fluri auch als erfüllt abgeschrieben werden kann. Die Finanzsituation ist grundsätzlich gut und solide. Verschiedene grössere Brocken in den Folgejahren stehen an, so auch die Pensionskassen-Sanierung. Er möchte seine Aussagen bei der FIKO-Beratung an dieser Stelle nochmals wiederholen und festhalten, dass die Millionenlöcher in der Pensionskasse wohl kaum vom Kanton alleine gestopft werden können. Die Gemeinden stehen ebenfalls in der Pflicht und müssen deshalb ebenfalls in den sauren Apfel beißen. Er selbst ist davon überzeugt, dass es nicht zu einer Vollfinanzierung, sondern nur zu einer Teilfinanzierung kommen wird. Auch in Zukunft wird man Machbares und Wünschbares unterscheiden müssen. Raschmöglichst sollten nun die Probleme bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gelöst werden. Dort wird man nur aus der Schieflage kommen, wenn endlich die fehlenden neuen Reglemente ausgearbeitet werden. Seine Fraktion findet es grundsätzlich nicht gut, dass man Budgetpositionen aufführt, bei de-

nen man noch nicht weiss, ob und wie bzw. wann sie kommen werden, wie dies beispielsweise bei den im Jahr 2013 veranschlagten Parkgebühren der Fall ist. Die SVP-Fraktion wird dem Budget 2013 grundsätzlich zustimmen, sofern der Rat den von seiner Fraktion verlangten neuen Eckwerten zustimmen wird.

Peter Küng (SP) teilt mit, auch seine Fraktion sei froh darüber, dass das Budget und das Jahresprogramm im gleichen Dokument abgebildet werden. Gewisse Themen möchte man bei der Beratung des nächsten Entwicklungsplanes vertieft anschauen, da dies wegen Zeitmangel bei der Beratung des Budgets 2013 nicht möglich war. Das Budget-Umfeld mit den im Raum stehenden Prämissen ist schwierig, und es darf nicht vergessen werden, dass trotz reduzierter Investitionstätigkeiten doch auch die Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung, der Pensionskassensanierung usw. im Auge behalten werden müssen. Seine Fraktion vermisst eine gewisse Innovationskraft im Budget 2013, denkt man doch beispielsweise an zurückgestellte Projekte wie die Förderung familienergänzender Tagesstrukturen im Frühbereich, das schubladisierte Jugendpolitik- und Alleeprojekt, die Rathausstrassen-Sanierung etc. Vielleicht kommt nach der momentanen Konsolidierungsphase und neuen Zusammensetzung des Stadtrates auch in solche Projekte wieder etwas mehr Dynamik.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch seine Fraktion habe über das Budget 2013 intensiv diskutiert und diesbezüglich sind einige wichtige Punkte schon von seinen Vorredner erwähnt worden, weshalb er diese nicht nochmals wiederholt. Bei der funktionalen Gliederung ist aufgefallen, dass der Bildungsbereich einen Drittel ausmacht, ein Viertel für Soziales aufgewendet wird und beispielsweise die allgemeine Verwaltung rund 16 % ausmacht, was sich doch an der oberen Grenze bewegen dürfte. Der Schuldenabbau im 2013 sowie die Abschreibung der Motion Fluri finde man auch psychologisch wichtig. Das Verhältnis der geplanten Investitionen zur Laufenden Rechnung ist zu klein, dürfte aber mit den anstehenden Schulhaussanierungen auch wieder kompensiert werden. Die Kostenfolgen der bevorstehenden Pensionskassensanierung machen schon Kopfzerbrechen. Alle Einzelfragen aus seiner Fraktion konnten im Rahmen der FIKO-Budgetberatung durch den Stadtrat und die Verwaltung abschliessend beantwortet werden. Auch die Koppelung von Budget und Jahresprogramm wurde in seiner Fraktion positiv aufgenommen.

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass sich nun Einzelsprecher des Einwohnerrates äussern können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Ratsmitglieder zum Budget 2013 äussern möchten.

7. Anträge, Abstimmungen pro Themengebiet

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass den Ratsmitgliedern am 15.12.2012 die Sammelvorlage Nr. 2012/14c mit denjenigen Anträgen vom Ratsschreiber mit E-Mail zur Kenntnis gebracht wurde, welche gemäss § 50 des Geschäftsreglementes fristgerecht eingegangen sind. Diese Vorlage ist den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden.

Ihm ist von der FDP-Fraktion und auch der SVP-Fraktion vorgängig der heutigen Ratssitzung mitgeteilt worden, dass beide Anträge betreffend der Parkplatzgebühren-Reduktion auf CHF 400'000.- von den Antragstellern zurückgezogen wurden und über diese nicht mehr abzustimmen ist.

a) Antragsteller: Begründung Anträge gem. Vorlage Nr. 2012/14c

Markus Meyer (SVP) teilt mit, dass die Begründung des SVP-Antrages betreffend der Steuerreduktion in der Beilage zur Sammelvorlage Nr. 2012/14c ersichtlich ist. Seine Fraktion ist klar der Meinung, dass die Steuerzahler nun lange genug auf eine Reduktion gewartet haben, nachdem der Rat schon von der 3 oder 4 Jahren eine Steuerreduktion abgelehnt hatte. Liestal ist noch weit weg von einer attraktiven Steuergestaltung und nur noch zwei kleinere Gemeinden haben höhere Steuersätze im Kanton. Die beantragte Steuerreduktion von 1 % verträgt es und ist sicher verkraftbar. Der Rat wird um die Unterstützung des Antrages gebeten, damit nun auch einmal die Steuerzahler profitieren können. Mit dieser kleinen Steuerreduktion wären auch anstehende grössere Projekte nicht gefährdet.

b) Stellungnahme Stadtrat zu Einzel- und Kommissionsanträgen

Stadtpräsident und Finanzchef Lukas Ott führt aus, dass vom Stadtrat zum 9. Mal in Folge ein Budget mit schwarzen Zahlen vorgelegt werden konnte. Es ist auch dem Stadtrat klar, dass die positiven Zahlen und der Abschluss der Schuldensanierung im 2013 Begehrlichkeiten wecken, betrifft dies nun die Ausgaben oder Einnahmen. Auch mit der neuen Zusammensetzung wird der Stadtrat am Ziel eines mittelfristigen Haushaltsausgleiches festhalten. Wie er bereits vorgängig schon erwähnt hatte, mussten schmerzliche Abstriche bei der Ausgabenseite gemacht werden, damit die Schuldensanierung im 2013 abgeschlossen werden kann. Und deshalb wehrt sich der Stadtrat nun auch gegen die beantragte Steuersenkung, welche Kürzungen auf der Einnahmenseite zur Folge hätten. Der Druck in den letzten Jahren, dass ein positiver Saldo in der Laufenden Rechnung ausgewiesen kann, wird auch in der Zukunft nicht weniger gross sein und weiterhin eine starke Ausgabendisziplin erfordern. Es könnte ja durchaus sein, dass die Steuerreduktion um 1 % aufgefangen werden könnte, doch vorausschauend muss doch festgehalten werden, dass beispielsweise im Zusammenhang mit der BLPK-Reform nach wie vor mit denjenigen Parametern zu kalkulieren und zu budgetieren ist, wie sie in der regierungsrätlichen Vorlage ausgewiesen werden. Natürlich hofft auch der Stadtrat, dass die Reform schlussendlich auch für die Stadt günstiger kommen wird und so setzt sich diese aktiv als Arbeitgeberin auch für eine Teilkapitalisierung ein. Erwähnt sei auch, dass einige Gemeinden betreffend diesen Mehraufwendungen bereits für das Jahr 2013 Steuererhöhungen beantragt und/oder beschlossen hatten. Wegen den fehlenden genaueren Zahlen ist es deshalb heute der falsche Zeitpunkt, einer Steuersenkung für das Jahr 2013 zuzustimmen. Im Frühjahr sollten die genaueren Konditionen auch für die Gemeinden bekannt sein und dann ist auch der Zeitpunkt da, dass sich Stadtrat und Einwohnerrat mit einer möglichen Steuersenkung auseinandersetzen können.

c) Stellungnahme FIKO zu Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2012/14c

Daniel Spinnler (FDP) hält als FIKO-Präsident fest, dass der SVP-Antrag betreffend der Steuerreduktion schon in der dritten Kommissionssitzung betreffend dem Budget 2013 ein Thema war. Dies damals jedoch ohne die nun im vorliegenden Antrag kursiv dargestellte Bemerkung, wie die mit einer Steuersenkung entstehenden Mindererträge auszugleichen sind. Im FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/14a wird die ablehnende Haltung betreffend der vorgeschlagenen und nun beantragten Steuersenkung begründet, denn alle FIKO-Mitglieder sind sich bewusst, dass die Mindereinnahmen von rund CHF 500'000.- zulasten des Schuldenabbaus gehen würden.

Die FIKO hatte sich vorgängig der heutigen Ratssitzung nochmals kurz betreffend den eingereichten Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2012/14c getroffen und betreffend dem Antrag für eine Steuerreduktion mit 5 Ja- Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen entschieden, dass dem Rat eine Ablehnung des SVP-Antrages beantragt wird.

d) *Fraktionssprecher*

Peter Küng (SP) hält fest, dass der SVP-Antrag nicht unterstützt wird und man der stadträtlichen Argumentation folgen wird. Auch will man die stadträtliche Antwort zum pendenten Postulat der Grünen Fraktion betreffend der Steuersenkung-Planung sowie den neuen Entwicklungs- und Finanzplan abwarten, welcher dem Rat in Kürze vorgelegt wird, bevor man über Steuersenkungen diskutiert. Gestört hatte es seine Fraktion auch, dass ein Teil der Mindereinnahmen von rund 0,5 Mio. Franken gemäss den Antragstellern wieder beim Personal eingespart werden sollen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) meint, in der Mittefraktion werden unterschiedliche Meinungen betreffend der beantragten Steuerreduktion vertreten. Er selbst vertritt diejenigen Mitglieder, welche den Antrag ablehnen werden. Fraktionsmitglied Claudio Wyss wird als Einzelsprecher noch die Meinung derjenigen Fraktionsmitglieder kundtun, welche dem Antrag zustimmen werden. Grossmehrheitlich ist seine Fraktion der Meinung, dass sich Liestal mit einem Steuersatz von 66 % auch unter Berücksichtigung verschiedener Finanzkennzahlen doch dem Kantonsdurchschnitt von 59 % nähern sollte, wobei diesbezügliche Details noch zu diskutieren sind. Priorität hat aber zuallererst der Schuldenabbau gemäss Motion Fluri.

Jürg Holinger (GL) meint, es könnte gar als Kompliment an den Stadtrat angesehen werden, dass dieser ein Budget vorlegt, welches Gedanken für eine Steuersenkung aufkommen lässt. Von seiner Fraktion ist im Jahre 2008 das Postulat „Steuersenkung planen“ eingereicht worden, welches nach wie vor hängig ist. Die Grüne Fraktion erwartet aber, dass im Zusammenhang mit der Unterbreitung des nächsten Entwicklungsplanes auch dieser Vorstoss thematisiert und beantwortet wird. Erstaunt habe es ihn schon in der FIKO-Kommission, dass sich die Befürworter einer Steuerreduktion dafür ausgesprochen hatten, dass diese zu Lasten der Schuldensanierung vorgenommen werden soll. Und noch mehr habe ihn nun der kursive Text beim SVP-Antrag erstaunt, wonach die Steuersenkung-Mindereinnahmen beim Personal und dem Sachaufwand eingespart werden sollen. Solche Aussagen und Stossrichtungen deuten nicht auf langfristige Überlegungen im Zusammenhang mit der Finanzplanung hin. Die vorgängig gemachte Aussage, dass der Moment für Steuersenkungen immer falsch sein wird, stimmt eigentlich schon. Auf Liestal wird aber eine Lawine an grösseren Folgekosten betreffend der Pensionskassen-Sanierung usw. zukommen. Und so kann und darf aber doch heute der Rat nicht einem Abbau der Lawinenverbauung zustimmen, welche dieser Lawine standhalten könnte. Seine Fraktion wird den Antrag für eine Steuersenkung ablehnen.

Lorenz Rudin (FDP) informiert, die FDP-Fraktion wird einstimmig der beantragten Steuerreduktion zustimmen, zumal mit den bevorstehenden Frührentierungen die Steuermindererträge auch bei den Personalkosten eingespart werden könnten. Die Einwohner von Liestal haben die rote Laterne bzgl. den hohen Steuersätzen genügend lang akzeptiert, im Zusammenhang mit dem jahrelangen Schuldenabbau ist man auf der Zielgeraden und nun soll den Steuerzahlern etwas zurückgegeben werden, indem man den Steuersatz moderat um 1 % senkt.

Stadtpräsident Lukas Ott äussert, dass mit dem vorliegenden Antrag und dem kursiv dargestellten Lösungsvorschlag insbesondere wieder die Aufwandseite ins Visier geraten ist. Vom Vorredner ist angesprochen worden, dass die Steuer-Mindereinnahmen von rund 0,5 Mio. Franken bei der Kontoart 30 „Personalkosten“ kompensiert werden könnten. Im Budget sind rund 20 Mio. Franken an Personalkosten eingestellt, wovon rund die Hälfte für Löhne bei Lehrpersonen weggehen und wo deshalb wegen dem Bildungsgesetz der stadträtliche Handlungsspielraum äusserst gering ist. Es ist deshalb schwer möglich, diese Einsparungen beim allgemeinen Verwaltungspersonal zu machen, da auch die von diesem Personal zu erbringenden Dienstleistungen grösstenteils auf einem gesetzlichen Auftrag wie beispielsweise die Steuerveranlagung usw. basieren. Auch möchte er an dieser Stelle festhalten, dass die

Personalkosten der allgemeinen Verwaltung in den letzten Jahren nur im Rahmen der Teuerung gewachsen sind. Die Stellenprozente beruhen grundsätzlich immer noch auf der Basis von 12'000 Einwohnern, doch zählt Liestal zwischenzeitlich rund 13'500 Einwohner. Das heisst, dass die Verwaltung wesentlich effizienter und effektiver geworden ist und vom Stadtrat das Auffangen des stetigen Wachstums auch im Sinne des Erfahrungs- und Effizienzgewinnes erwartet wurde. Die Vorstellung wäre nun falsch, dass man bezüglich den Personalkosten noch Potenzial aktivieren könnte. Dem Rat wird empfohlen, von einer Steuersenkung abzusehen und die Steuersenkung in einem koordinierten Prozess anzugehen.

e) Einzelsprecher

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass vom Fraktionssprecher der Mittefraktion bereits vorgängig erwähnt habe, dass sich eine Minderheit seiner Fraktion für eine Steuersenkung ausspreche. Wie bereits gesagt wurde, liegt Liestal bezüglich den Steuersätzen klar über dem Kantonsdurchschnitt, was für ihn auch nicht mit der Zentrumsfunktion Liestals, der Finanzkraft usw. begründet werden kann. Ganz offensichtlich gibt man in Liestal Geld für Dinge aus, die nicht wirklich notwendig sind. Die Steuersätze Liestals sind von 61 % im Jahre 1991 bis heute fast immer nur angehoben worden. Die Steuersätze der Nachbargemeinden bewegen sich von 52 % in Seltisberg bis zu 60 % in Füllinsdorf. Bei einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken bezahlt man in jeder anderen Kantonshauptstadt der Deutschschweiz seit Jahren weniger Steuern als in Liestal des Kantons Basel-Landschaft. Dies muss nun langsam ein Ende haben und deshalb wird er der beantragten Steuerreduktion, verbunden mit vorzunehmenden Korrekturen bei den Ausgaben, zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) kann die vorgängig vorgebrachten Argumente des Stadtpräsidenten unterstützen. Der Rechnungsabschluss 2012 sowie der Abschluss der Schuldensanierung im 2013 sollte abgewartet werden. Auch sollten die noch unbekanntenen Folgen der bevorstehenden Pensionskassen-Sanierung abgewartet werden. Dann könnte vielleicht bereits bei der Beratung des Budgets 2014 eine Steuerreduktion um gar 2 % zum Thema werden.

Marianne Quensel (SP) meint, man müsste sich nun im Rat vielleicht einmal kurz darüber Gedanken machen, für wen man die Verantwortung trägt, hier zu politisieren. Von einer Steuerreduktion von 1 % hätte die Bevölkerung mit tiefen und mittleren Einkommen nur wenig davon, da sich der Steuerbetrag bei diesen nur geringfügig reduziert. Viel mehr Vorteile hätte ein Grossteil der Bevölkerung davon, wenn man beispielsweise familienergänzende Tagesstrukturen in Liestal nutzen könnte. Im Zusammenhang mit der Steuersenkung ist auch die Mittelverwendung der Steuern und Terminierung noch zu planen und zu thematisieren. Dem SVP-Antrag wird sie deshalb heute nicht zustimmen.

Matthias Zimmermann (SP) glaubt, dass man in der Vergangenheit doch über die Verhältnisse gelebt habe, denn während der mehrjährigen Schuldensanierung sind dann beispielsweise die Schulhäuser verlottert, welche nun in Kürze für viel Geld saniert werden müssen. Im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung sind beispielsweise ebenfalls finanzielle Mittel für eine Qualitätssteigerung bereit gestellt werden, denn Neuzuzüger kommen nicht wegen einem etwas tieferen Steuersatz nach Liestal, sondern vermutlich eher wegen seiner Wohn- und Lebensqualität. Der Antrag für eine Steuersenkung kommt ihm deshalb doch recht kleinlich vor.

Elisabeth Augstbruger (CVP/EVP/GLP) führt aus, sie habe schon an einer früheren Ratsitzung darauf aufmerksam gemacht, dass sie die Erfahrung gemacht habe, dass Steuersenkungen schlussendlich zu Lasten der sozial schwachen Einwohnerschaft gehen. So wurden beispielsweise bei einer letzten Steuersenkung in der Folge vom Stadtrat die Deutschkurse für fremdsprachige Frauen gestrichen. Sie wird dem Antrag nicht zustimmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) legt dar, dass er den Gegnern des Antrages und deren Schwarzmalerei nicht beipflichten kann. So hat der Rat heute erfahren, dass man an der Aufarbeitung von nicht-fakturierten Wasserrechnungen ist. Aufdatiert dürfte sich der Betrag dieser Rechnungen in etwa im Rahmen des diskutierten Minderertrages an Steuern von rund 0,5 Mio. Franken bewegen. Während den letzten Jahren konnten Rechnungen mit positiven Abschlüssen präsentiert und Schulden abgebaut werden, obwohl nicht einmal alle Rechnungen fakturiert wurden. Auch dürfte weiteres Sparpotential vorhanden sein, mit welchem die Steuermindereinnahmen verkraftet werden könnten. Die Ratsmitglieder werden deshalb um ihre Unterstützung beim vorliegenden Antrag gebeten.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

f) Abstimmung über Anträge

❖ Steuerfuss, Steuersätze, Abgaben

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass von vier Ratsmitgliedern der FDP-Fraktion gemäss Artikel 82 des Geschäftsreglementes ein Antrag eingereicht wurde, mit welchem die namentliche Abstimmung verlangt wird.

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend der Senkung des Steuerfusses auf 65 % wird in der von der FDP-Fraktion geforderten namentlichen Abstimmung mit 17 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen abgelehnt:

Stimmabgabe:	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Augstburger Elisabeth		X	
Bischof Michael	X		
Brunner John	X		
Eichenberger Erika		X	
Eugster Thomas	X		
Eisenring Fabian			nicht präsent
Franke Meret		X	
Gränicher Beat	X		
Güngör Canan		X	
Gutzwiller Rolf		X	
Holinger Jürg		X	
Hügli Corinne	X		
Jeitziner Karin	X		
Kaufmann Lisette		X	
Küng Peter		X	
Lagnaz Doris			nicht präsent
Leimgruber Walter		X	
Lerf Heinz	X		
Lirgg Andreas			nicht präsent
Mägli Patrick		X	
Meyer Hanspeter	X		
Meyer Markus	X		
Ott Anna		X	
Pfaff Paul	X		
Porchet Pascal			nicht präsent
Quensel Marianne		X	
Rudin Lorenz	X		
Ruesch Corinne		X	
Schafroth Gerhard	X		

Schafroth Hans-Rudolf	X		
Spiess Martin	X		
Spinnler Daniel	X		
Steinger Pia		X	
Stoll Diego		X	
Stoll Hanspeter		X	
Sutter Sabine	X		
Wunderlin Vreni		X	
Wyss Claudio	X		
Zimmermann Matthias		X	
Zumsteg Hanspeter		X	
TOTAL	17	19	

://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie Feuerwehrrabsatzabgaben werden gemäss stadträtlichem Antrag mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme festgelegt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert, dass er den 1. Antrag des Stadtrates erst am Schluss zur Abstimmung bringen wird.

❖ **Gebühren**

://: Von den Gebühren wird einstimmig Kenntnis genommen.

❖ **Teuerungsausgleich**

://: Mit 1 Enthaltung stimmt der Rat dem stadträtlichen Antrag zu und setzt den Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals auf 0,0 % fest, welcher sich damit am Beschluss des Landrates für das Staatspersonal orientiert.

❖ **Jahresprogramm 2013**

://: Einstimmig nimmt der Rat vom Jahresprogramm 2013 Kenntnis.

❖ **Schlussabstimmung betreffen Budget 2013**

://: Das Budget 2013 wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

41 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Fragestunde

1. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Stadtsaal-Belegung durch Liestaler Vereine

Wenn ein Liestaler Verein den Stadtsaal belegt, sei es nachmittags oder abends, werden die Kostenbeteiligungen geltend gemacht. Wo findet man auf der Homepage die entsprechenden Informationen?

Stadträtin Marion Schafroth: Zum jetzigen Zeitpunkt findet man die Gebühren in der Verordnung zur Raumbelagung im Rathaus, welche unter den Reglementen aufgelistet ist. Wenn die neue Homepage im nächsten Jahr einmal da ist, findet man die Gebühren dort, wo die Räume aufgelistet sind, den Räumen direkt zugeordnet. Die Gebührenhöhe ist abhängig von der Nutzungsdauer, wobei die Vereine eine Kostenermässigung haben.

2. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Rechnungsstellung Wasser/Abwasser

Ratsvizepräsident Hanspeter Stoll (SP) weist darauf hin, dass die Frage bereits im Voraus im Zusammenhang mit der Rechnungsstellung Wasserversorgung/Abwasserentsorgung unter den stadträtlichen Mitteilungen beantwortet wurde.

3. Frage / Markus Meyer (SVP) – Bautätigkeit auf dem Bahnhof Liestal

Auf dem Bahnhof ist seit Monaten eine starke Bautätigkeit festzustellen, was ja grundsätzlich erfreulich ist und unterstützt werden kann. Was mich – als regelmässigen Pendler – jedoch sehr stark stört, ist die Tatsache, dass nun seit vielen Wochen „Gräben“ offen sind und ein Grossteil des Platzes einfach nicht fertig gestellt wird. Es kann auch beobachtet werden, dass selten Bauarbeiter vor Ort sind. Dies hat starke negative Auswirkungen vor allem am Morgen und Abend, wenn der Pendlerverkehr sehr gross ist. Meine Frage an den Stadtrat: Ist dem Stadtrat die Situation bekannt und was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um diese für die Bahnhofsbesucher/-innen nicht mehr akzeptable Situation nicht noch länger andauern zu lassen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Gesamthaft ist der Baufortschritt genau nach Plan erfolgt. Es hat wegen der Witterung gewisse Verzögerungen gegeben. Auf Schnee ist eine Asphaltierung einfach nicht möglich. Was zur Kenntnis genommen werden muss ist, dass die Baustelle der Migros-Pensionskasse vor den beiden Gebäuden beim Bahnhof noch etwa zwei Jahre besteht.

4. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Vereinskästli beim Törli

Das Vereinskästli beim Törli bietet seit einiger Zeit ein trauriges Bild, da es kaum aktualisiert wird. Wochenlang sind Veranstaltungen angeschlagen, die schon lange vorbei sind. Auch ist ein Plakat einer privaten Organisation angebracht, das dort nichts zu suchen hat. Wenn Vereine am Schalter Plakate abgeben, werden diese meist gar nicht im Kästli aufgehängt. Frage: Ist der Stadtrat bereit, jemand bei der Verwaltung für eine einwandfreie Bewirtschaftung zu beauftragen? Wenn nicht bin ich der Meinung, den Anschlagkasten aufzuheben.

Stadtpräsident Lukas Ott: Besten Dank für den Hinweis. Wir werden versuchen das Vereinskästli wieder besser zu bewirtschaften. Am Infoschalter der Stadtverwaltung kann man weiterhin Plakate abgeben, welche wir so schnell als möglich aufhängen werden. Einmal in der Woche werden abgelaufene Plakate entfernt.

5. Frage / Diego Stoll (SP) – Gemeindeinformationen in App für Smartphones + Tablet-PCs

Als erste Gemeinde der Region bietet Reinach seit Oktober 2012 die wichtigsten Gemeindeinformationen in einer App für Smartphones und Tablet-PCs an. Auf diesem Weg können die Bürgerinnen und Bürger z.B. Informationen zu Wahlen und Abstimmungen oder zu lokalen Restaurants erhalten, Erinnerungen zu Abfuhrdaten abonnieren oder die Sendungen des Gemeinde-TVs anschauen. Die Kosten für die Entwicklung der App beliefen sich auf "einen tiefen fünfstelligen Betrag". Was hält die Stadt Liestal von dieser Idee?

Stadtpräsident Lukas Ott: Wir sind natürlich grundsätzlich offen gegenüber technologischen Neuerungen. So möchte er in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass anfangs 2013 die neue Homepage der Stadt aufgeschaltet wird. Es wird übrigens auch eine Version geben, welche man auf einem Smartphone optimal ansehen kann. Solche Applikationen für die Gemeinden werden wir grundsätzlich im Auge behalten. Es stellen sich hierzu natürlich verschiedene Fragen bezüglich der Funktionalität und der Inhalte, welche dargestellt werden sollen. Für die Entwicklung einer Applikation, welche man auf verschiedenen Geräten anschauen könnte und insbesondere auch den Zugang zum Online-Schalter ermöglichen würde, rechnen wir mit einmaligen Kosten von etwa CHF 22'000.– und jährlich wiederkehrenden Kosten von CHF 4'000.–. Für das Jahr 2013 ist diesbezüglich nichts vorgesehen. Wir werden uns aber bestimmt Gedanken darüber machen, ob dies später ein Thema sein wird.

6. Frage / Jürg Holinger (GL) – Veloweg von Rosenmund-Kreuzung zum Törli

Wird es, nach der definitiven Eröffnung und Verkehrsführung, möglich sein, von der Rosenmundkreuzung mit dem Velo bergwärts direkt zum Törli zu fahren. Heute ist ab dem KV-Schulhaus Einbahn signalisiert. Wenn das nicht möglich sein sollte: aus welchem Grund?

Stadtrat Peter Rohrbach: Ich bin darüber informiert worden, dass man dies heute machen kann.

7. Frage / Patrick Mägli (SP) – Karussell auf Pausenplatz von Primarschulhaus Frenke

Auf dem Pausenplatz des Primarschulhauses Frenke wurde in den Sommerferien die sogenannte Pyramide offenbar wegen Sicherheitsbedenken durch ein neues Karussell ersetzt. Das Karussell war bei den Schulkindern von Anfang an sehr beliebt. Allerdings kam es bald auch zu Unfällen, darunter mindestens einer mit Knochenbruch. Daraufhin wurde eine Bremse montiert, die das Karussell verlangsamen sollte. Diese Bremse konnte jedoch zwischenzeitlich ohne grosse Mühe von einigen Schülerinnen und Schülern wieder abmontiert werden. Fragen: Wurde das neue Spielgerät vor der Anschaffung ausreichend evaluiert, insbesondere betreffend Sicherheit und Pausenplatztauglichkeit? Kann ein vernünftiger Betrieb des Spielgeräts auf dem Pausenplatz Frenke inskünftig gewährleistet werden?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Spielgeräte werden für den normalen Spielgebrauch optimal eingestellt. Sie werden von der BfU abgenommen und auch der Hersteller muss entsprechende Bewilligungen vorlegen. In einem Vandalenakt wurde die Zusatzbremse, welche die Unfallgefahr reduzieren soll, kaputt gemacht und entfernt. Sie wurde aber ersetzt. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass solche beliebten Geräte nicht zerstört werden. Ich weiss, dass dieser Armbruch passiert ist, den wir natürlich sehr bedauern.

42 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Reklamereglement, Ergänzung/Revision – Bericht der GOR-Kommission zum ergänzten und revidierten Reklamereglement des Stadtrates gemäss Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion (Nr. 2005/46)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

John Brunner (SVP) stellt als Kommissionspräsident den GOR-Bericht vor: Mit der Unterbreitung der ausgereiften stadträtlichen Vorlage Nr. 2005/46e kann die mehrjährige Baustelle betreffend dem Reklamereglement wohl nun doch noch abgeschlossen werden. Von der GOR werden nur geringfügige Anpassungen vorgeschlagen bzw. Änderungen beantragt. Den Verantwortlichen der Verwaltung und des Stadtrates wird der beste Dank für die Unterstützung bei der Kommissionsberatung der GOR ausgesprochen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) führt als Mitunterzeichnerin der Motion aus, dass sich die Motionäre mit den Anträgen des Stadtrates und der GOR einverstanden erklären können. Dem Stadtrat, der Verwaltung und auch der GOR werden die geleisteten Arbeiten verdankt.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, ein kleiner Konstruktionsfehler im neuen Reklamereglement habe die Motion im Jahre 2005 ausgelöst. Nach einer Rückweisung im Jahre 2009 und längeren Diskussionen liegt nun doch ein schlankes Reglement vor, mit welchem auch die Forderung der Motionäre erfüllt wird. Beim vorliegenden neuen Reglement handelt es sich nun auch um kein sogenanntes Verbotsreglement mehr und auch die Darstellung des Reglementes mit Kommentarspalte und Hinweis auf Abläufe usw. sind lobenswert. Seine Fraktion wird den Anträgen der GOR zustimmen.

Michael Bischof (FDP) hält fest, auch die FDP-Fraktion wird den GOR-Anträgen zustimmen. Das neue Reglement ist sicher liberaler als die letzte Version, birgt aber bezüglich dem Bemessungsspielraum der zuständigen Behörden auch gewisse Gefahren bezüglich der Verhältnismässigkeit in sich. So hatte beispielsweise kürzlich eine fünfköpfige Kommission bezüglich einer neuen Ladenbeschriftung vor seiner Liegenschaft im Fischmarkt beraten, ob die neue Beschriftung aus Plexiglas mit einer Grösse von rund 50 cm x 50 cm nicht doch um etwa 2,5 cm geschmälert werden sollte, damit diese besser zwischen die Gewände passen würde. Er bitte darum, dass die Verhältnismässigkeit bei der Umsetzung des neuen Reklamereglements gewahrt bleibt.

Meret Franke (GL) führt aus, das neue Reglement erfülle die Forderungen bezüglich einer Kürzung und Straffung. Dieses ist vereinfachter sowie übersichtlicher geworden und sollte auch eine gute Grundlage für individuelle Lösungen sein. Die Grüne Fraktion wird den Anträgen der GOR zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, auch seine Fraktion ist erfreut darüber, dass es bezüglich den Reklamevorschriften nun doch noch zu einem Abschluss kommt. Die wichtigsten Punkte sind bereits von den Vorrednern erwähnt worden. Insbesondere bezüglich den temporären Reklamen bzw. der wilden Plakatiererei sollte das neue Reglement nun auch konsequent umgesetzt werden. Den Anträgen der GOR wird man zustimmen.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) sagt, auch ihre Fraktion wird den GOR-Anträgen einstimmig zustimmen.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die gute Aufnahme im Rat. Die Zuständigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Reglementes müssen auch klar kommuniziert werden: Bewilligungsbehörde ist das Stadtbauamt, welches von der Farb- und Reklamekommission beratend unterstützt wird. Erstinstanzliche Beschwerden werden vom Stadtrat gratis behandelt, weitere Rekurse beim Regierungsrat würden dann kostenpflichtig.

Wunschgemäss ist der GOR vom Stadtrat auch die Verordnung zum neuen Reklamereglement vorgelegt worden, wo bezüglich der wilden Plakatiererei bei Abstimmungen und Wahlen festgehalten wird, dass diese nicht 6 Wochen vor dem Abstimmungswochenende aufgestellt werden dürfen. Somit können diese zwei Wochen vor dem Versand des Abstimmungs- und Wahltermins publiziert werden. Die Plakate sind spätestens am Tag nach dem Abstimmungs- und Wahlwochenende wieder zu demontieren.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Dem Antrag der GOR-Kommission, dass bei § 6 der Begriff „Kultursäulen“ durch den Begriff „Kulturträger“ ersetzt wird, wird einstimmig zugestimmt.

://: Dem Antrag der GOR-Kommission, dass bei § 12 unter der Kommentarspalte der Hinweis ergänzt wird, dass die „Farb- und Reklamekommission“ beizuziehen ist, wird einstimmig zugestimmt.

://: Dem Antrag der GOR-Kommission, dass § 17 Abs. 2 gestrichen wird und in der Kommentarspalte auf den entsprechenden Rechtsmittelweg im Gemeindegesetz hingewiesen wird, wird vom Rat einstimmig zugestimmt.

://: Der Revision des Reklamereglementes wird gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2005/46e mit den vorgängig beschlossenen Änderungen gemäss Anträgen der GOR einstimmig zugestimmt.

://: Gemäss Anträgen des Stadtrates und der GOR wird die Motion Nr. 2005/46 einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

43 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Abfallreglement – Bericht der GOR-Kommission betreffend Änderung (Grüngut) von Abfallreglement (Nr. 2012/3)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

John Brunner (SVP) stellt als Kommissionspräsident den GOR-Bericht vor: Dem Rat wird beantragt, der Revision von § 14 gemäss Textvorschlag der vorberatenden Kommission GOR zuzustimmen. Den Verantwortlichen der Verwaltung und des Stadtrates wird der beste Dank für die Unterstützung bei der Kommissionsberatung der stadträtlichen Vorlage ausgesprochen.

Per Ende Jahr wird er als Ratsmitglied und somit auch als GOR-Präsident aus dem Einwohnerrat ausscheiden, weshalb er heute letztmals einen GOR-Bericht vorstellen durfte. Er dankt den Kommissionsmitgliedern und dem Protokollführer als Präsident für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit.

Michael Bischof (FDP) teilt mit, seine Fraktion wird den GOR-Anträgen zustimmen. Erfreut ist man darüber, dass nun beispielsweise die Farbgebung bei den Abfallbehältern nicht reglementarisch festgelegt wird.

Corinne Ruesch (GL) legt dar, dass im Zusammenhang mit der Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die GOR verschiedene Punkte thematisiert wurden. Ihre Fraktion unterstützt die reglementarische Bestimmung sowie den Hinweis im Kommissionsbericht, dass eine Quersubventionierung bei der Entsorgung von Grüngut nach wie vor möglich ist. Auch ist es ihrer Fraktion sehr wichtig, dass das Projekt „Bioklappe“ weiter vorangetrieben wird. Obwohl die Grünabfuhr extrem ausführlich im Reglement umschrieben ist, wird im Abfallreglement auf das Thema Bioklappe überhaupt nicht eingegangen. Ihre Fraktion wird den GOR-Anträgen zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) orientiert, auch seine Fraktion wird den Anträgen der GOR zustimmen. Betreffend dem Bioklappen-Projekt möchte er erwähnen, dass ihm vor rund 3 Jahren vom Stadtrat zugesichert wurde, dass der Unterflurcontainer in der Kanonengasse bald in Betrieb genommen wird und deshalb eine temporäre Nutzung des öffentlichen Areals als Parkplatz nicht möglich ist. Er hofft, dass Projekte wie Unterflurcontainer sowie Bioklappe künftig rascher umgesetzt werden und der Stadtrat bei weiteren Verzögerungen betreffend dem Unterflurcontainer in Wiedererwägung doch noch einen temporären Parkplatz beim Standort in der Kanonengasse bewilligen würde.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, auch die SP-Fraktion begrüsse es, dass die Bioklappen-Testphase in Liestal bald in Angriff genommen werden soll. Ein diesbezügliches Projekt wird auch in Basel gestartet und ist beispielsweise in Birsfelden und Maisprache bereits umgesetzt worden. Den GOR-Anträgen wird seine Fraktion ebenfalls zustimmen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Den Anträgen des Stadtrates und der GOR betreffend der Änderung von § 7 des Abfallreglementes stimmt der Rat einstimmig zu.

://: Dem Antrag der GOR-Kommission, dass bei § 14 der Text gemäss Vorschlag der GOR übernommen wird, stimmt der Rat einstimmig zu.

44 0.01.011.01 Einwohnerrat

**7. Tiergartenstrasse – Bericht der Bau- und Planungskommission
betreffend Sanierung Tiergartenstrasse: Genehmigung von Krediten
für Wasserleitung, Kanalisation und Strassenbau (Nr. 2012/17)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Präsident den Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/17a vor und macht ergänzende Angaben zu Punkt 2.2 des Kommissionsberichtes betreffend der Nutzung des provisorischen Parkplatzes des Kantons für die Bauplatzinstallation, den Anschlussgebühren für die Anstösser, der Kostenangabenermittlung sowie den Budgetposition „Honorare, inkl. Hausanschlüsse“ und „Möblierung, Signalisation und Markierungen“. Die BPK beantragt dem Rat, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass die Sanierung der Tiergartenstrasse notwendig ist und ihre Fraktion den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK zustimmen wird.

Paul Pfaff (SVP) teilt mit, dass seine Fraktion den Anträgen ebenfalls zustimmen werde. An der letzten Ratssitzung hatte sich die SVP-Fraktion für eine Direktberatung dieser Vorlage ausgesprochen. Auch nach Vorliegen des BPK-Berichtes ist man nach wie vor der Meinung, dass solche Vorlagen nicht auch noch von der BPK beraten werden sollten.

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und meint ebenfalls, dass die gute und detaillierte Vorlage nicht auch noch von der BPK hätte beraten werden müssen. Seine Fraktion rechne damit, dass die Strassenbeleuchtung in LED-Technik ausgeführt wird, zumal man im Sichtenquartier diesbezüglich schon positive Erfahrungen machen konnte. Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Velorouten verweist er auf den diesbezüglichen Entscheid der Ratssitzung vom Januar 2010 sowie die Fragestunde der Sitzung vom 25. Januar 2012. Der Stadtrat wird deshalb gebeten, im Zusammenhang mit der Totalsanierung der Tiergartenstrasse zu prüfen, welche Massnahmen es für einen sicheren Verkehr der bergwärts fahrenden Autos sowie talwärts fahrenden Velofahrer braucht. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) sagt, seine Fraktion sei froh, dass die Vorlage in der BPK beraten wurde, denn diese Kommission ist schliesslich auch ein Kontrollorgan des Einwohnerrates. Auch im vorliegenden Fall konnten diverse Fragen sowie Unklarheiten noch beantwortet und geklärt werden. Die FDP-Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen und mit auf den Weg geben, dass für die Bauplatzinstallation auch das Kantonsareal genutzt wird. Auch sollen die Sanierungsarbeiten gut koordiniert und effizient ausgeführt werden, damit die Tiergartenstrasse als wichtige Verkehrsachse möglichst wenig beeinträchtigt wird.

Matthias Zimmermann (SP) führt aus, dass nichts mehr zuzufügen ist. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen. Er selbst schliesst sich bezüglich der Überweisung solcher Vorlagen an die BPK der Argumentation von Paul Pfaff an.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Die Anträge des Stadtrates sind identisch. Über die beantragten Kredite wird einzeln abgestimmt.

- ://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates und der BPK genehmigt der Rat einstimmig einen Kredit von CHF 486'000.- für den Ersatz der Wasserleitung (Investitionskonto 700.501.88).
- ://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates und der BPK genehmigt der Rat einstimmig einen Kredit von CHF 540'000.- für den Neubau der Sauberwasserleitung und die Sanierung der Schmutzwasserkanalisation (Investitionskonto 710.501.58).
- ://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates und der BPK genehmigt der Rat einstimmig einen Kredit von CHF 180'000.- für die Beleuchtung und Strassensanierung (Investitionskonto 620.501.95).

* * * * *

Michael Bischof (FDP) schätzt es, dass der Ratspräsident dem Rat die Turnübungen mit dem Handerheben bei Abstimmungen erspart. Trotzdem ist er der Meinung, dass diese Tradition nicht aufgegeben werden sollte und man auch künftig wieder über Anträge abstimmt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass er selbstverständlich diesem Wunsch entsprechen wird, obwohl es gemäss einwohnerrätlichem Geschäftsreglement möglich ist, dass der Ratspräsident feststellen kann, ob das Mehr unzweifelhaft ist oder ob die Stimmen gezählt werden müssen.

45 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Quartierplanung Gstadig (Nr. 2012/22)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die stadträtliche Vorlage an die BPK zu überweisen.

Thomas Eugster (FDP) kann sich mit dem Vorschlag des Büros einverstanden erklären. Seine Fraktion ist über die neue Quartierplanung, die Dynamik in Liestal der letzten Jahre sowie neuen Investitionstätigkeiten erfreut.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass auch ihre Fraktion der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen werde.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass zum Geschäft aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2012/22 „Quartierplan Gstadig“ an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

46 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Rosenstrasse 16b – Genehmigung Nachtragskredit für Sanierung von TCHF 100 (Nr. 2012/25)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) teilt mit, das Büro schlage dem Rat eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vor.

Die Ratsmitglieder möchten sich deshalb zuallererst nur dazu äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an eine einwohnerrätliche Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, seine Fraktion sei für eine Direktberatung der Vorlage.

Paul Pfaff (SVP) erläutert, auch die SVP-Fraktion möchte die Vorlage direkt beraten.

Erika Eichenberger (GL) gibt bekannt, auch ihre Fraktion sei für eine Direktberatung.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion möchte das Geschäft direkt beraten.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Vorschlag des Büros zu, weshalb die Vorlage Nr. 2012/25 direkt beraten wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass sich die Ratsmitglieder nun inhaltlich zur Vorlage äussern können.

Paul Pfaff (SVP) meint, dass die Sanierung kostengünstig ist, berücksichtigt man den Gebäudezustand. Wenn das Problem der Jugendmusikschule mit dem beantragten Kredit von CHF 100'000.- gelöst werden kann, macht diese Investition Sinn. Doch muss dieser Betrag auch das Ende des Anfanges sein, denn sonst hätte die Liegenschaft gleich abgerissen und neu gebaut werden müssen.

Erika Eichenberger (GL) stimmt ihrem Vorredner zu. Die Studentinnen und Studenten hatten wegen den schlechten Bedingungen in diesem Gebäude vor nicht gar zu langer Zeit protestiert. Sie frage sich schon auch, ob das Problem tatsächlich nur mit einem Betrag von TCHF 100 gelöst werden kann. Die Schulraumrochade zur Harnos-Umsetzung macht Sinn. Ihre Fraktion möchte aber keinesfalls, dass die Liegenschaft Rosenstrasse 16b später als Dauer-Schulraum genutzt wird, um fehlende Schulräumlichkeiten auffangen zu können.

Peter Küng (SP) teilt mit, dass seine Fraktion erfreut davon Kenntnis nehme, dass der Stadt mit den Sanierungsarbeiten keine Netto-Kosten erwachsen. Es handelt sich nur um eine befristete Lösung und bei den neuen Verhandlungen mit dem Kanton sollte der Stadtrat auch wieder einmal thematisieren, was künftig mit ungenutztem Grundeigentum des Kantons in Liestal passieren soll.

Thomas Eugster (FDP) informiert, dass seine Fraktion die Vorlage wohlwollend aufgenommen habe. Die Umsetzung von Harnos bringt logischerweise Begleiterscheinungen mit sich, doch kann die vorübergehende Umnutzung der Liegenschaft Rosenstrasse 16b als akzeptable Lösung bezeichnet werden. Weniger schön ist, dass die Stadt diese Räumlichkeiten übernehmen muss. In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen aufgetaucht: Ist die Übernahme der Liegenschaft für die Stadt kostenneutral? Wie hoch sind die jährlichen Unterhaltskosten? Sind die Unterhaltskosten tiefer oder höher als die Mietkosten, wäre das Gebäude im Eigentum des Kantons geblieben? Ist das Gebäude auf Altlasten untersucht worden? Sofern die Fragen ausreichend beantwortet werden, wird seine Fraktion dem beantragten Nachtragskredit zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, auch ihre Fraktion finde die Übergangslösung und den Standort für die Jugendmusikschule ideal. Nicht verstanden wird hingegen, weshalb die Sanierungskosten in das Budget aufzunehmen sind, wenn diese vom Kanton doch zurückerstattet werden. Auch interessiert es, wie hoch denn die Mietkosten ausfallen würden.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme der stadträtlichen Vorlage im Einwohnerrat. Zu einigen Fragen nehme er nun kurz Stellung.

Der Nachtragskredit bzw. die Budgetaufnahme ist nötig, weil sich auch die Liestal an das Bruttoprinzip zu halten hat. Die Liegenschaft Rosenstrasse 16b steht auf einem Grundstück der Stadt, welches dem Kanton im Baurecht zur Verfügung gestellt wurde. Die Investitionen von TCHF 100 sind für die 5-jährige Mieterdauer mit der Jugendmusikschule ausgelegt. Die Jugendmusikschule bezahlt der Stadt einen Mietzins in der Grössenordnung von TCHF 100 pro Jahr und kommt für die Nebenkosten für Heizung, Strom usw. auf. Gemäss fachmännischer Beurteilung sollten auch bezüglich Altlasten keine Probleme auftauchen. Natürlich kann man beim vorliegenden Geschäft nicht von einer absoluten Toplösung sprechen, doch ist dies doch eine kostengünstige und optimale Lösung für alle beteiligten Akteure und Vertragspartner. Im Zusammenhang mit der Gebäudeübernahme sind der Stadt keine Kosten erwachsen. Mit dem Kanton konnte ausgehandelt werden, dass dieser anstelle der Abbruchkosten von TCHF 100 die Sanierungskosten für die Liegenschaft Rosenstrasse 16b in der gleichen Grössenordnung übernimmt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig genehmigt der Rat einen Nachtragskredit von brutto CHF 100'000.- für die Sanierung des Gebäudes Rosenstrasse 16b (Konto 248.503.10).

47 0.01.011.01 Einwohnerrat

**10. Velostation – Projektbericht 1. März 2010 – 31. Dezember 2012
(Nr. 2012/26)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Erika Eichenberger (GL) findet es erfreulich, dass sich das Velostation-Projekt betrieblich sowie finanziell so gut bewährt und auch die Zielsetzungen erreicht wurden. Erfreulich ist insbesondere, dass der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen mit dem Velostation-Projekt entgegnet werden konnte. Die Velokuriere gehören schon bald zum Stadtbild und deren Dienstleistungen werden zunehmend genutzt. Hoffentlich werden diese Dienstleistungen in Zukunft noch vermehrt von der Liestaler-Bevölkerung beansprucht. Die Grüne Fraktion nimmt den Bericht dankend zur Kenntnis.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass seine Fraktion vom Projektbericht des Stadtrates ebenfalls zustimmend Kenntnis nimmt. Der Bericht fällt positiv aus, was auch seiner Fraktion Freude macht. Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Velostation hinsichtlich des finanziellen Beitrages der Stadt nicht in die finanzielle Unabhängigkeit entlassen werden könnte.

Sabine Sutter (FDP) erklärt, dass das Meiste schon gesagt wurde. Erfreulich ist, dass der Hauslieferdienst länger und mehr beansprucht wird. Auch wird die Auftragserteilung betreffend den Litteringaufgaben durch die Stadt begrüsst. Persönlich habe es sie gefreut, dass eine Mannschaft der Velostation kürzlich den Sportpreis der Stadt Liestal erhalten habe.

Walter Leimgruber (SP) berichtet, dass sich der Einwohnerrat anfänglich teilweise doch auch mit dem Projekt schwer getan hatte. Erfreut darf er heute feststellen, dass sich alle Fraktionen positiv zum Unternehmen Velostation Liestal und dem stadträtlichen Projektbericht äussern. Er selbst nutzt die bewachten Abstellplätze, und findet, dass die doppelstöckigen Träger bzw. oberen Aufhängevorrichtungen vielfach Mühe bereiten. Es wäre toll, wenn für diesen Teilbereich zusätzliche Flächen gefunden werden könnten. Ganz besonders freut ihn, dass der Velostation der Littering-Auftrag durch die Stadt erteilt wurde und diesbezüglich nicht andere Anbieter und/oder Firmen berücksichtigt wurden. Seine Fraktion wird zustimmend vom Projektbericht Kenntnis nehmen.

Beat Gränicher (SVP) teilt mit, dass es ja nicht unbekannt ist, dass sich seine Fraktion anfänglich sehr skeptisch zum Velostation-Projekt geäußert hatte. Das Projekt hat sich doch sehr erfreulich entwickelt und die Velostation kommt mit relativ wenig finanziellen Mitteln der Stadt aus. Der Velostation möchte er doch auch als Leiter des Coop Liestal ein Kränzlein winden, denn die Zusammenarbeit mit dem Kurierdienst ist sehr erfreulich. Und so habe er auch schon zwei ehemalige Mitarbeiter der Velostation fest angestellt.

Stadträtin Marion Schafroth dankt für die durchwegs positiven Rückmeldungen betreffend der Velostation Liestal und dem Projektbericht des Stadtrates.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/26 nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.

48 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB (Nr. 2012/10)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Michael Bischof, FDP

Liestal, 28.8.2012

Postulat

Machbarkeitsstudie zur Ueberdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB

Bereits Mitte 90-er Jahre wurde mit einem Postulat die Ueberdeckung des Burgeinschnittes aufgeworfen. Durch die Veröffentlichung der Planungsabsichten der SBB vom Ausbau des Burgeinschnittes auf vier SBB-Geleise (zuzüglich Waldenburgerbahn) ist diese Frage wieder hochaktuell und sowohl im Einwohnerrat als auch in öffentlichen Interviews des Stadtpräsidenten wieder thematisiert worden. Es bietet sich die einmalige Chance, durch die riesigen geplanten Bauarbeiten in Liestal Synergien zu schaffen, die mit dem SBB-Ausbau gewichtige neue Siedlungsentwicklungen und Umweltqualitäten für das Burgquartier und auch für die Nachbarquartiere bringen können. Sowohl städtebaulich als auch siedlungsplanerisch muss dieses Thema angegangen und rechtzeitig die Grundlagen für die Verhandlungen mit der SBB geschaffen werden.

Schon beim Bau der erst vor zwei Jahren erstellten Lärmschutzwände war (inoffiziell) klar, dass diese bei einem Geleise-Ausbau den Lärmschutz-Anforderungen nicht genügen werden. Neu-Anlagen der SBB unterliegen zudem einer um 5 Dezibel tieferen zulässigen Lärmgrenzwert-Belastung für die Nachbarschaft (gemäss eidg. Lärmschutzverordnung), womit die jetzige Höhe des Lärmschutzes nicht mehr genügen würde und bei einer offenen Bauweise der SBB-Geleise mit massiv höheren Lärmschutzwänden zu rechnen wäre. Solche würden das Siedlungsgebiet auf der Burg in unakzeptabler Weise durchschneiden. Diese drohende Zäsur ist ein wichtiger Grund, weshalb sich eine Ueberdeckung des Burgeinschnittes aufdrängt.

An anderen Orten konnte durch eine Ueberdeckung der SBB-Geleise zusätzliches Bauland, aber auch nutzbares Land für andere Zwecke (Parkhäuser, Sportplätze, Parkanlagen) gewonnen werden. Auch diese Aussichten lohnen sich, die Ueberdeckung ernsthaft zu prüfen und wirtschaftlich interessant zu machen. Zudem muss durch das Abgraben der bisherigen Böschungen im Burgeinschnitt eine so stabile Stützmauer-Konstruktion (inklusive Querverankerungen) erstellt werden, dass diese ohne übermässigen Mehraufwand auch eine Ueberdachung zu tragen im Stande wäre.

Deshalb ist es dringend notwendig, mit einer Machbarkeitsstudie unter Einbezug von Baustatikern, Stadtplanern/Architekten, Raum-/Verkehrsplanern und Lärmschutz-Spezialisten aufzuzeigen, welche Auswirkungen qualitativer Art und welche monetären Konsequenzen (Kosten – Nutzen) eine Ueberdeckung des Burgeinschnittes haben könnte.

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, als Grundlage zu den Verhandlungen mit der SBB eine entsprechende Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, welche die städtebaulichen, siedlungs- und umweltrelevanten, statischen, lärmschutz-technischen und kostenmässigen Aspekte beinhaltet.

Michael Bischof, FDP

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass das Geschäft an der letzten Ratssitzung wegen Abwesenheit des Postulanten von der Traktandenliste abgesetzt und auf die heutige Sitzung neu traktandiert wurde.

Michael Bischof (FDP) hält als Postulant fest, dass er kurz vor der heutigen Sitzung von der Grünen Fraktion gebeten wurde, seinen Vorstoss, welchen er Ende August dieses Jahres eingereichte hatte, beim letzten Absatz zu ändern bzw. zu ergänzen. Er kann sich als Antragsteller mit der Postulatsänderung bzw. mit der geringfügigen Ergänzung (*Kursivschrift*) mit folgendem Wortlaut einverstanden erklären:

...

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, **zusammen mit dem Kanton und den SBB** als Grundlage zu den Verhandlungen mit der SBB ...

Als Postulant hoffe er nun doch, dass er damit auch auf die Unterstützung der Grünen Fraktion im Zusammenhang mit der Überweisung seines Vorstosses an den Stadtrat zählen kann, denn schliesslich soll mit dem Vorstoss eine einmalige Chance zu Gunsten Liestals genutzt werden. Verschiedene Faktoren weisen stark darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem SBB-Projekt beim Burgeinschnitt eine Überdachung notwendig ist, damit es per Saldo am Schluss am günstigsten kommt. Basierend auf verlässlichen Informationen weist er darauf hin, dass bei SBB-Neubaustrecken der Lärmimmissionswert 5 Dezibel tiefer ist als bei Altbaustrecken. Für diese Zielerreichung wird der SBB-Aufwand riesig sein, was vermutlich nur mit riesigen Lärmschutzwänden möglich sein wird, welche er Liestal und seiner Bevölkerung aber nicht zumuten möchte. Mit der gewünschten Postulatsänderung soll nun die Machbarkeitsstudie zusammen mit den Vertragspartnern in Auftrag gegeben werden, was für ihn und doch etwas unüblich ist. Die Machbarkeitsstudie sollte aber gemacht werden, sei das nun mit oder ohne SBB und/oder den Kanton. Der Umfang dieser Studie müsste natürlich noch definiert werden.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen. Dass der Auftrag für die Machbarkeitsstudie nicht nur von der Stadt, sondern auch von den SBB und dem Kanton erteilt werden soll, wird auch vom Stadtrat unterstützt. Das Projekt ist schon mit dem Kanton diskutiert worden und im Januar finden diesbezüglich zwei weitere Gespräche mit den SBB statt. Der Stadtrat möchte auf jeden Fall eine politische Blockade verhindern, wie man es in der Vergangenheit bereits mit der Tieflage erlebt hatte. Schätzungsweise im März/April 2013 sollte eine erste Auslegeordnung möglich sein. Auch ist der Stadtrat der Meinung, dass sich die Diskussionen nicht alleine auf den Burgeinschnitt-Deckel beschränken dürfen. Weitere Pendenzen wie die Bahnhofgebäude-Erneuerung, die Unterstände bei den Bushaltestellen des Bahnhofplatzes, Wendegleis, Viertelstundentakt, Durchgänge und Unterführungen beim Bahnhof Liestal etc. sind weitere Punkte, die zusammen mit den SBB und dem Kanton zu besprechen und in einen Gesamtkontext zu stellen sind. Auch wurde schon nach Firmen und Leuten geforscht, welche in Projekte wie bspw. die Überdeckung des Burgeinschnittes investieren würden. Bereits heute kann festgestellt werden, dass sich die SBB auch im Falle des Liestaler-Projektes grundsätzlich gegen eine Eisenbahntunnel-Lösung aussprechen wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch er finde die Überdeckung des Burgeinschnittes städtebaulich für Liestal interessant, doch möchte er vor Illusionen warnen. Denn bei der Variante mit einem leichten Deckel kann die Fläche höchstens für Rasen, Parkplätze usw. genutzt werden. Die von ihm auf rund 50 Mio. Franken geschätzten Kosten müssten dann von der Stadt übernommen werden, was aus seiner Sicht unrealistisch sein dürfte. Bei der Variante mit einem schwereren Deckel und kommerziellen Nutzung müsste ein Investor gefunden werden, welcher für die Kosten im dreistelligen Millionenbereich aufkommen müsste. Auch dies dürfte angesichts der teuren m²-Preise schwierig werden und/oder eine Zonenplanänderung mit mehrstöckigen Bauten bedingen. Auch gibt es strenge Gesetze betreffend dem Lärm- sowie Erschütterungsschutz und künftig werden SBB-Investitionen schwerwiegend im Bereich Rollmaterial getätigt. So sollen ab dem Jahr 2020 nur noch lärmsanierte Güterzüge zugelassen werden. Die vorgängig gemachte Aussage, dass Tunnels bei den SBB nicht beliebt sind, kann er bestätigen. Und wenn man schon eine Machbarkeitsstudie in

Auftrag gibt, sollte doch der Perimeter ausgeweitet und die verschiedenen möglichen Achsen mitberücksichtigt werden. Vor 10 – 20 Jahren war das Verhältnis zwischen den SBB und der Stadt tatsächlich gestört, was zur Folge hatte, dass Liestal noch den gleichen Bahnhof wie vor 50 Jahren hat. Ein Zusammengehen von SBB, Kanton und Stadt beim anstehenden Projekt ist unbedingt anzustreben.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, die SP-Fraktion sei froh, dass auch der Stadtrat eine breite Perspektive im Zusammenhang mit dem Geleisaausbau der SBB habe und das Projekt mit einer doch recht grossen Fläche einigermaßen anerkannt ist. Mit den verschiedenen neuen Quartierplanungen wird unter anderem zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Der Stadtrat wird gebeten, im Zusammenhang mit der Überdeckung des Burgeinschnittes zu prüfen, ob auf dem Deckel nicht günstige Wohnungen, Genossenschaftsbauten usw. realisiert werden könnten. Seiner Fraktion liegt viel daran, dass Liestal über einen gesunden Bevölkerungsmix verfügt. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Projekt sollten nicht nur die technischen und finanziellen, sondern auch die sozialen Aspekte berücksichtigt werden.

Paul Pfaff (SVP) findet den Vorstoss von Michael Bischof gut. Es ist aber heute wohl der falsche Zeitpunkt, irgendwelche raumplanerischen Ideen zu schmieden. Zuerst müsste ja wohl die Machbarkeit einer Überdeckung in technischer Hinsicht überprüft werden, bevor man die Nutzung der überdachten Fläche diskutiert. Auf jeden Fall sollte bei den nächsten Gesprächen mit den SBB vom Stadtrat klar deponiert werden, dass Liestal einen neuen Bahnhof will, denn die bestehenden SBB-Gebäude sind überaltert und sehen zudem sehr erbärmlich aus, was einer Kantonshauptstadt nicht würdig ist. Ein subtiler Umgang mit den SBB ist nötig und auch der Kanton sollte gleich von Anfang zu den Verhandlungen beigezogen werden. Die SVP-Fraktion wird der Überweisung des Postulates an den Stadtrat zustimmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass am 06. September 2012 im Landrat ein praktisch gleichlautendes Postulat von der SP eingereicht wurde. Dieser neue Vorstoss ist im Kantonsparlament noch nicht auf die Traktandenliste gekommen.

Jürg Holinger (GL) sagt, dass der Burgeinschnitt nur ein Element des neuen SBB-Projektes ist und verschiedene andere Gebiete, Begehrlichkeiten und Wünsche der Stadt ebenfalls noch zu berücksichtigen sind. Mit der Ergänzung des Postulatstextes hat Liestal nicht mehr alleine für die Kosten einer Machbarkeitsstudie aufzukommen. Die Machbarkeitsstudie kann ja auch nicht von einem beauftragten Ingenieurbüro erstellt werden, ohne dass dieses die SBB und auch den Kanton kontaktieren würde. Ein Zusammengehen der SBB, des Kantons und der Stadt ist bei einem solchen Projekt von Anfang an zwingend notwendig.

Michael Bischof (FDP) teilt mit, dass sich sein Vorstoss tatsächlich nur auf das Burgeinschnittgebiet beschränkt, selbstverständlich kann aber das Gebiet und der Perimeter für die Machbarkeitsstudie immer noch ergänzt und ausgeweitet werden. Mit dem Ausbau der Bahngleise werden beispielsweise Lärmschutzmassnahmen an verschiedensten Orten nötig sein, dürften doch auch die neu installierten Lärmschutzwände entlang der Poststrasse mit 5 Dezibel nicht mehr genügen. Auch gelten die Zonenvorschriften nicht für die Grundstücke, welche bereits den SBB gehören und für den Ausbau auf vier Geleise benötigt werden. Eine Einflussnahme im Rahmen des Planungs- und Bauverfahrens ist deshalb nur sehr beschränkt möglich. Der Vorschlag der SP-Fraktion für die Realisierung von sozialen Wohnbauten auf dem Burgeinschnitt-Deckel ist zwar sozial und nett, seiner Meinung nach aber doch etwas naiv und weltfremd. Gemäss seinen ersten Vorabklärungen belaufen sich die Bodenpreise für nicht bebaubare Flächen auf rund CHF 2'000.-/m² und für bebaubare Flächen auf rund CHF 4'500.-/m². Bei solchen Bodenpreisen sind soziale Wohnungsbauten einfach unrealistisch. Und selbst wenn SBB-Geleise überdeckt würden, würde dieses Land weiterhin den SBB gehören.

Matthias Zimmermann (SP) entgegnet, dass ein grosser Geschäftsbereich der SBB der Liegenschaftshandel ist und diese sicher auch an einer Nutzung von überdeckten Flächen interessiert ist. Erwähnt sei auch, dass die Stadt Zürich auch heute noch einigermaßen sozial funktioniert, weil rund ein Viertel aller Wohnungen doch Genossenschaftswohnungen sind.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das Votum des Postulanten und informiert darüber, dass die Lärmschutzwände mit 5 Dezibel auch SBB-intern umstritten sind. Im Zusammenhang mit den Lärmschutzmassnahmen der SBB werden verschiedene Faktoren von Fall zu Fall in Betracht gezogen. Die Aussage des Postulanten, dass die bestehenden Lärmschutzwände an der Poststrasse nach dem Geleiseausbau tatsächlich nicht mehr genügen werden, kann er selbst nicht unterstützen. Hingegen kann er Michael Bischof zustimmen, dass Genossenschaftswohnungen bei überdeckten SBB-Geleisen in finanzieller Hinsicht unrealistisch sein dürften.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass vom Postulanten zwischenzeitlich die Wortlautänderung des letzten Abschnittes des Postulates Nr. 2012/12 schriftlich bestätigt wurde:

...

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, *zusammen mit dem Kanton und den SBB* als Grundlage zu den Verhandlungen mit der SBB eine entsprechende Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, welche die städtebaulichen, siedlungs- und umweltrelevanten, statischen, lärmschutztechnischen und kostenmässigen Aspekte beinhaltet.

...

Er kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2012/10 wird mit dem vom Postulanten geänderten Wortlaut beim letzten Abschnitt des Vorstosses vom Einwohnerrat einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass diejenigen Ratsmitglieder, welche neue Motionen oder Postulate eingereicht haben, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes nun mündlich begründen können.

- *Postulat zur Ausarbeitung eines **Parkraum-Bewirtschaftungskonzeptes** von Michal Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion (Nr. 2012/27)*

Michael Bischof (FDP) teilt mit, dass diesbezüglich noch eine Mitteilung aus dem Stadtrat gemacht wird, welche wichtig sein dürfte.

Stadtrat Peter Rohrbach findet es wichtig, dass das Postulat an den Stadtrat überwiesen wird, damit dieser dann auch Rechenschaft ablegen kann. Der Stadtrat hatte immer kommuniziert, dass nach der Erstellung des Parkhauses Bücheli das Thema Parkgebühren wieder auf die Agenda kommen wird. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Parkhaus Bücheli, KMU Liestal und der Stadt ist bereits aktiv und mit der Ausarbeitung eines Konzeptes beschäftigt. Grundsätzlich liegt die Kompetenz für die Gebührenfestlegung beim Stadtrat. Dieser wird den Einwohnerrat frühzeitig und laufend über das weitere Vorgehen sowie gefällte Entscheide informieren.

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Er wünscht allen frohe und besinnliche Festtage sowie ein gutes 2013.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Gerhard Schafroth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann